

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 33 (1939)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Daß sich in dieser Lage Polens eine *Nemesis* vollzieht: für seine ganze Politik nach Außen und Innen, wie für die Beteiligung an der Erwürgung der Tschechoslowakei, haben wir schon früher bemerkt. Aber das gibt *Hitler* kein Recht.

Und nun?

Ausblick.

Der Ausblick ist nicht wesentlich verändert. Man bedenke bloß, wie etwa die Tat eines wahnsinnigen Unterseebootführers, der eines der feindlichen Schlachtschiffe versenkte, den Weltbrand zum Aufflammen bringen könnte.¹⁾ Lange kann es so nicht mehr gehen. Vielleicht ist der Horizont aber doch etwas heller geworden. Besonders durch das Faktum der Aktion Roosevelt. Wenn Rußland zur Koalition kommt und Roosevelt in Amerika durchdringt, dann wächst die Möglichkeit eines *Zusammenbruches der Diktaturen nach Innen*. Er muß, auf *dieser* Linie, unser Ziel sein und alles Tun *darauf* eingestellt. Auch hier ist *Gefahr*, aber mehr noch Hoffnung.

Wird die Hoffnung durch das vermehrt, was mit *Hitler* vorgeht? Sein Geburtstag hat eine völlige *Vergottung* des Mannes gebracht. Man hat ihn geradezu Gott und Schöpfer genannt. Viele gewichtige Stimmen behaupten, er habe die Schwelle normaler Zurechnungsfähigkeit überschritten. Ich selbst habe Grund, das anzunehmen.²⁾

Aber eben: Ist das *Hoffnung* oder *Gefahr*?

Jedenfalls haben wir es, im Hintergrunde der gewöhnlichen Politik, mit *dämonischen Mächten* zu tun. Mir scheint aber, es könnte doch darin neben der Gefahr auch eine *Hoffnung* liegen. Darf ich mit Aussicht auf richtiges Verständenwerden den Satz wagen: Wo die Dämonen sich so offen zeigen, da ist wohl auch Gott nicht ferne. Wir wollen doch darauf vertrauen, daß er einen Weg der Rettung weiß — nicht vor den Katastrophen, aber vor *der Katastrophe*. Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

9. Mai 1939.

I. Der Kampf zwischen Achse und Koalition. 1. In Europa. Frankreich verbietet die antifranzösischen Organisationen im Elsaß: „Jungmannschaft“, „Elsässischer Volksbildungsverein“, „Erwin von Steinbach“. Es erläßt Gesetze gegen solche, die sich „der Erregung von Haß und Zwiespalt“ besonders wegen der Religion (Antisemitismus!) schuldig machen, und verbietet bei hohen Strafen die *Annahme fremder Gelder* für die Propaganda wie auch die Verbreitung fremder Pressezeugnisse dieser Art.

¹⁾ Auch die Affäre der „Paris“, des größten französischen Handelschiffes, das nach einem starken Verdacht einer deutschen Brandstiftung zum Opfer gefallen ist (es ist das dritte, das binnen kurzer Zeit durch Feuer zerstört worden ist), weist, wie die Bombenattentate in England, auf solche dämonische Gefahren hin.

²⁾ Ob Hitlers wiederholt geäußerte *Todesahnungen* Tatfläche oder sentimentale Fiktion sind, kann unsereins nicht beurteilen.

Die *Emigranten* werden im Kriegsfalle sowohl für das Heer als für das zivile Leben herbeigezogen. Ihre Lage wird dadurch erleichtert und erschwert, je nachdem.

Von der Zerstörung der „*Paris*“ ist anderwärts berichtet.

Mitten in die schwere Bedrängnis fällt die Erinnerung an die *Französische Revolution*.

England weist eine Reihe von deutschen Journalisten und Agenten aus, so Dr. Rösler von Görings „*Eßlener Nationalzeitung*“. Die von der „*Irischen republikanischen Armee*“, d. h. einer faschistischen Organisation, die wahrscheinlich mit solchen Elementen in Verbindung steht, verübten Sprengstoffattentate dauern an.

Deutschland weist Greene, den Berliner Korrespondenten von „*Daily Telegraph* und *Morning Post*“, aus.

Es treibt wieder eine wilde Hetze gegen *Polen* und erklärt besonders die Verhältnisse in Oberschlesien als „*unerträglich*“.

Der deutsche *Sender* gibt auch Botshaften in arabischer Sprache und solche im holländischen Dialekt von Südafrika ab. Man verstärkt die Agitation in Syrien, Palästina, Nordafrika, Irak.

70 000 *Kleingewerbe* sind aufgelöst worden. (Mittelstandsrettung!) Ihre Inhaber werden für die Aufrüstung verwendet.

Die *Opposition* scheint trotz aller außenpolitischen Erfolge zu wachsen. Göbbels spottet über die kritisierenden „*Kaffeetanten*“, Hitler aber beschwört in seiner Mairede „*sein Volk*“, ihn nicht im Stiche zu lassen. Der Geburtstag scheint bei aller Vergottung nicht viel Eindruck gemacht zu haben.

Gegen geschehene und drohende *Unruhen* werden die SS.-Formationen namentlich in die großen Städte: Berlin, Leipzig, Dresden, und in die Rheinlande verlegt.

Für den Kriegsfall sind zu den schon bestehenden Maßnahmen gegen die innere Front noch folgende gekommen:

„Alle Hauptämter der Gestapo müssen ab sofort das Nachtdienstpersonal verdoppeln. Bis zum 15. April werden die unteren Hilfskräfte um 35 bis 40 % vermehrt. Die beschleunigte Durchführung folgender Anordnung wurde befohlen:

1. Verdoppelung der Unterbringungsmöglichkeiten in allen bestehenden Konzentrationslagern.

2. Neuerrichtung von sechs Konzentrationslagern für „*Arbeitshäftlinge*“, das sind „*unzuverlässige*“ Angehörige republikanischer Parteien, die auf den „*Mobilmachungs-Haftlisten*“ stehen. Die neuen Lager werden errichtet bei den Städten Hannover, Stettin, Staßfurt, Dortmund, Stendal und den Leuna-Werken.

3. Errichtung eines „*Vorbeuge-Lagers*“ in der Lüneburger Heide für rund 25 000 „*Vorbeuge-Häftlinge*“. Hier werden Geistliche aller Konfessionen, Angehörige freier Berufe, Kleinindustrielle usw. untergebracht, von denen man eine ungünstige Beeinflussung der Volksstimmung im Falle etwaiger Frontniederlagen erwartet.

In einer Aussprache im Innenministerium ist unter Zuziehung mehrerer Offiziere des Großen Generalstabs überschlägig ermittelt worden, daß in Deutschland für den Kriegsfall im Altreich rund 175 000, in Oesterreich rund 100 000 und in Böhmen und Mähren rund 60 000 zusätzliche Schutzverhaftungen über die jetzigen Häftlingszahlen hinaus vorgenommen werden müßten.

Außerdem ist eine „*Arbeiter-Deportation*“ großen Stils für etwa 300 000 Köpfe aus dem Altreiche, etwa 150 000 Köpfe aus Oesterreich und rund 120 000 Köpfe aus Böhmen und Mähren vorgesehen. Darunter versteht man die zwangsweise Unterbringung von Arbeitern an zugewiesenen Arbeitsstellen „*in lofer Disziplin*“, das heißt ohne Gemeinschaftslager und Bewachung und auf Wunsch und nach Möglichkeit mit Frauen und Kindern. Die Durchführung dieser letzteren Aufgabe fällt den Gestapofachleuten gemeinsam mit den Organisationen der Deutschen Arbeitsfront zu. Sie setzt keinerlei neue Erhebungen voraus, da die Karteien der DAF alles Nötige enthalten.“

Man schätzt die Zahl der in *Spanien* durch den Krieg Umgekommenen auf

1 200 000, davon 750 000 durch die Bombardemente von Städten und Dörfern getötet.

500 000 politische Gefangene sollen in den Gefängnissen sitzen, davon 80 000 allein in Barcelona. Die Kriegsgerichte sind am Werke.

30 000 Ehepaare sind gezwungen, im Laufe der nächsten drei Monate die *kirchliche Trauung* nachzuholen; man kann sich denken, mit welcher Gläubigkeit.

Franco erklärt: „Der Krieg ist noch nicht zu Ende.“

Das *Nicht-Interventionskomitee* hat sich aufgelöst; es hat seinen Dienst getan. Aus dem *Völkerbund* ist Spanien auch ausgetreten; das verstand sich nun von selbst.

Portugal schließt mit *Spanien* einen Nichtangriffspakt, erneuert aber die Freundschaft mit *England*.

Die Gefandten des ehemaligen *Albanien* anerkennen den neuen Status auch nicht; *England* und *Frankreich* vorläufig ebenfalls nicht.

Die *Tschechen* und *Slowaken* haben in Chicago ein „*Nationalkomitee*“ gegründet, dessen Präsident Beneš ist. Es soll später in ein „*Direktorium*“ verwandelt werden.

Die freien *Tschechen* und *Slowaken* beteiligen sich, wie die freien Deutschen, an der Weltausstellung in New York.

Beneš erklärt in einem Erika Mann gewährten Interview, daß *Rußland* sich im September 1938 bereit erklärt habe, auch ohne die anderen mit der *Tschechoslowakei* gegen Deutschland zu kämpfen, daß das aber wegen der Haltung der reaktionären Agrarier nicht möglich gewesen sei. Damit ist diese Tatsache endgültig festgestellt. Sie ist sehr bedeutsam!

Es wird beides gemeldet: brutalste Verfolgung der *Tschechen* und immer neue Demonstrationen ihres Freiheitswillens. Sie streuen am Geburtstag Hitlers Blumen vor die Denkmäler von Hus und Wilson und erheben ein Hohngelächter, wenn im Kino Hitlers Bild erscheint.

Henlein aber bekommt in Form eines „*Reichsstatthalters*“ seinen Judaslohn. Für wie lange?

Oesterreich soll nun, zu seiner völligen Zerstörung, in *Gaue* aufgeteilt und direkt der Berliner Verwaltung unterstellt werden.

Seyß-Inquarts Judaslohn ist feststellt worden; er wird als *Reichsstatthalter* entfernt und erhält einen nichts sagenden Ministerposten.

In *Holland* haben die *Provinzwahlen* einen bedeutenden Sieg der Regierungspartei wie auch der Liberalen und Katholiken gebracht, aber eine schwere Niederlage der „*Fronten*“ und eine leichte der Sozialdemokratie.

In *Belgien* hat sich eine aus Katholiken und Liberalen zusammengesetzte Regierung *Pierlot* gebildet. Sie verlangt, wie nun üblich, pleins pouvoirs. Die Sozialdemokratie hatte die Teilnahme verweigert, Spaak ist für eine Weile arbeitslos. Die Antrittsrede des Ministerpräsidenten pocht auf die belgische „*Souveränität*“. Die Kleinen sind fast überall Gerngroße.

2. *Außer Europa*. Die Mohammedaner *Syriens* sind wegen *Albanien* sehr erregt gegen die Italiener. Eine italienische Delegation zu einer Prinzenhochzeit wird abgelehnt.

In *Irak* sei man ähnlich gegen die *Deutschen* gestimmt.

Der italienische König richtet an den mit *Albanien* durch Abstammung verbundenen ägyptischen einen beschwichtigenden Brief, dem der Marshall Balbo nachhelfen soll.

Die Verwandlung *Boliviens* in eine offene Diktatur ist anderwärts erwähnt.

Mexiko erklärt sich bereit, von den *internationalen Brigaden* 1500 Mann aufzunehmen.

Um sein *Petroleum* streiten sich immerfort Achse, Koalition und Nordamerika.

Australien wechselt seine Regierung und rückt damit, wenn ich nicht irre, leicht nach links.

China macht *Japan* wieder hart zu schaffen. Es dringt an verschiedenen

Stellen wuchtig vor und ist nahe daran, *Kanton* wieder einzunehmen. Die Japaner aber morden durch die Luftflotte in *Tschiungking* 5000 Menschen.

In den *Vereinigten Staaten* tobt der Kampf um das *Neutralitätsgesetz*. Die cash and carry-bill, d. h. die Verordnung, nach welcher Kriegsmaterial nur an solche Völker geliefert werden darf, die es sofort bezahlen und mit eigenen Schiffen transportieren können, ist am 1. Mai abgelaufen.

Das Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung hat in bezug auf die Volksstimme folgendes festgestellt: 66 % sind für Lieferungen von Waffen- und Kriegsmaterial an die Demokratien, 82 % für Lebensmittellieferungen, 16 % für militärisches Eingreifen. Vor *München* lauteten die gleichen Ziffern: 32 %, 57 %, 5 %.

II. Die Aufrüstung. Italien habe zwei Millionen Mann mobilisiert. Es wirft neue große Rüstungskredite aus. Die deutschen und italienischen Generalstabschefs, Keitel und Pariati, konferieren in Innsbruck, der englische und französische, Gort und Gamelin, besichtigen die Maginot-Linie. General Weygand aber besucht Ankara. Frankreich hat an militärischen Extra-Ausgaben etwa 15 Milliarden Schweizerfranken aufgewendet. Holland befestigt seine Ostgrenze und macht sich bereit, einen Drittel seines Landes zu überschwemmen. Deutschland erweitert den Kieler Kanal für große Kriegsschiffe und befestigt sich in der Ostsee. (Memel!) Die *Vereinigten Staaten* befestigen und erweitern den Panamakanal und bauen (gegen Japan) 45 000-Tonnen-Schlachtschiffe. Sie wollen bei Ausbruch des Krieges 6000 Flugzeuge und ein Heer von 400 000 Mann haben.

England macht die Insel *Alderney* im Aermelkanal zum Flottenstützpunkt. Und so fort!

Dabei liefert England an Deutschland Eisen und Schiffe, Frankreich Erze und Mineralien, Schweden Erze, Amerika Japan Rohstoffe jeder Art — alles in Masse.

III. Die Friedensbewegung. In der Schweiz sind zwei neue Verhandlungen gegen *Dienstverweigerer* geschehen. In der gegen den Genfer *Karl Stauffer* muß das Gericht sich anständig gehalten haben — was in der welschen Schweiz noch mehr als bei uns *Ausnahme* zu sein scheint. Stauffer, ein einstiger musterhafter Sergeant, hat, wenn ich nicht irre, schon mehrfach verweigert und wird nun aus der Armee ausgeschlossen.

Kurt Kaifler aus Basel verweigert zum erstenmal, er vor allem aus Gründen des christlichen Glaubens.

IV. Die Judenfrage. *Deutschland* beginnt mit der Neubildung des *Ghetto*. In Berlin werden die Juden in bestimmte, möglichst ungefunde, Straßen und möglichst nur von Juden bewohnte Häuser zusammengedrängt.

Ungarn hat nun sein neues Judengesetz angenommen. Es ist nicht ganz so brutal wie die Nürnberger Gesetze, aber immer noch schlimm genug.

In der *Slowakei* wird der Prozentsatz der jüdischen Rechtsanwälte auf vier festgesetzt; sie dürfen aber nur für Juden arbeiten.

In *Italien* wird die antisemitische Gesetzgebung völlig ohne jene „Großmut“ durchgeführt, mit der man, nach Mussolinis Versprechen, die Welt in Staunen setzen wollte.

Ein beßonders schlimmes Kapitel ist fortdauernd die *illegalen jüdischen Einwanderung in Palästina*. Neuerdings ist der Dampfer „Assimi“ mit 270 Flüchtlingen in Haifa von der englischen Polizei zurückgewiesen worden. Ein anderes solches Schiff ist mit 218 halb verhungerten und verdursteten Passagieren in der Nähe von Askalon gelandet.

Der zweite arabische Führer, *Abdul Razik*, hat sich den Engländern ergeben. Man behauptet, damit sei der Aufstand erledigt.

In den nächsten Tagen soll das englische *Weißbuch* erscheinen, das den nun von England diktierenen modifizierten Status des Landes enthalten soll. Seine Grundzüge seien: In zehn Jahren soll Palästina ein selbständiger Staat werden. Während der nächsten fünf Jahre dürfen 75 000 Juden einwandern. Ihre Zahl darf nur einen Drittel der Bevölkerung umfassen. Das Recht des Bodenkaufs wird aufs äußerste beschränkt.

Es scheint, daß die Juden sich in einen solchen Plan nicht finden wollen.

Im Liga-Verlag in Zürich ist ein Buch von *Julius Marx*: „Kriegstagebuch eines Juden“ erschienen, das zu den bedeutendsten der Kriegserinnerungen gehört und das zum Teil auch darum so ergreifend ist, weil es von einem Juden stammt.

V. Sozialismus. Endlich ist eine *gemeinsame Aktion* des Sozialismus zustandegekommen. Es ist eine Erklärung zur gegenwärtigen Lage, unterzeichnet vom „Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten“ („Gruppe Neubeginnen“, „Sozialistische Arbeiterpartei“, „Internationaler sozialistischer Kampfbund“ [Nelsonianer], „Gruppe Münzenberg“), den „Revolutionären Sozialisten von Oesterreich“, der „Kommunistischen Partei von Deutschland“ und der „Kommunistischen Partei von Oesterreich“. Es ist das erste Auftreten der vielbegehrten „Einheitsfront“, ein bescheidenes, aber nicht unwichtiges Ereignis. Daß die alte deutsche Sozialdemokratie (Sopade) fehlt, ist fast selbstverständlich.

VI. Kultur. Ein neues französisches Gesetz verbietet bei hohen Geld- und Gefängnisstrafen Herstellung, Verbreitung und Export *pornographischer* Literatur. Etwas Großes, wenn das Gesetz *durchgeführt* wird.

VII. Religion und Kirche. *Die evangelische Bekenntniskirche des Rheinlandes* wendet sich gegen das Bekenntnis der Hitlerkirchen zum *Antisemitismus*. Nicht alle Bekenntniskirchen bringen dafür den Mut auf.

Zur schweizerischen Lage.

9. Mai 1939.

In meinen Augen wird das schweizerische Geschehen der Wochen, die seit meiner letzten Erörterung „Zur schweizerischen Lage“ verflossen sind, durch eine Tatsache beherrscht: *die Antwort des Bundesrates auf Hitlers Inquisitorium*. Das mag übertrieben scheinen, aber die Geschichte wird diese Tatsache ganz sicher wichtiger nehmen als die Landesausstellung und allerlei anderes. Was von dieser Aktion Hitlers und der Haltung der Kleinen ihr gegenüber moralisch zu urteilen ist und was sie politisch bedeuten, habe ich anderwärts schon ausgeführt; hier soll bloß noch darauf hingewiesen werden, wie sie sich im *schweizerischen* Zusammenhang ausnehmen. Unsere Schönfärber haben gefunden, sie unterscheide sich vorteilhaft von den anderen dadurch, daß sie nicht einfach erkläre, die Schweiz fühle sich nicht durch Deutschland bedroht, sondern sich auf die versprochene Respektierung unserer Neutralität berufe, die wir aber gewillt seien mit den Waffen zu verteidigen. Auch Sozialisten nennen diese Antwort „kurz und würdig“, wobei in bezug auf die Kürze wie auf den Inhalt zu bemerken ist, daß wir ja den Wortlaut gar nicht kennen, sondern nur einen Auszug. Ein unwahrhaftiges und feiges *Ausweichen* bedeutet auf alle Fälle auch diese Antwort. Vor allem aber: auch der Bundesrat läßt sich von Hitler stellen, wie ein Schulbube von einem erzürnten Lehrer oder ein Rekrut von einem erbosten Korporal, und versichert, daß er von der Aktion Roosevelt nichts gewußt habe, ohne den Mut aufzubringen, zu dieser zu stehen und sich zu ihrer *Absicht* zu bekennen. Das ist aber schmählich. Denn diese Aktion ist in einem früheren Stadium gerade für uns rettend gewesen und kann es weiter sein. Während nach München, also nach der Preisgabe der mittleren und kleinen Völker in der Gestalt des einen von ihnen und dem brutalsten Siege der Gewalt über das Recht, Hitler ein Danktelegramm und Mussolini begeisterte Huldigungen empfingen, so herrscht nun gegenüber der Botschaft des Rechtes und wirklichen Friedens eines Retters gerade auch in der Schweiz eisiges Schweigen. Ein Roosevelt und ein solcher Geist passen halt den Leuten nicht, die heute die Geschickte der Schweiz in den Händen haben. Ob ein Volk für eine solche Haltung nicht bezahlen muß? Dafür wird ein wenig mit dem Säbel gerasselt und krampfhaft in „militärischer Landesverteidigung“ gemacht; es ist aber zu sagen, daß diese moralische und politische Feigheit in einem krassen Gegensatz zu dem bramarbasierenden militärischen Heldenhumor steht, das man jetzt zur Schau stellt und das auch Bundesräte gelegentlich markieren. Ein Gramm „Menschenmut“ (mit Jakob Burckhardt zu reden) wäre auch für die Verteidigung der Schweiz, auch die militärische, mehr wert als ganze Wagenladungen von „Husarenmut“.

Nicht viel weniger als diese Haltung bedeutete im Zusammenhang der heutigen Lage die Antwort, welche der Bundesrat auf die Anfrage von Humbert-Droz gegeben hat: ob nicht endlich die *De-jure-Anerkennung Rußlands und die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit ihm* erfolgen solle, und zwar aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen. Die Antwort lautete, die wirtschaftlichen Interessen seien unbedeutend, in politischer Beziehung aber stehe die Sache so, daß Rußland „der einzige Staat sei, der sich in unsere inneren Angelegenheiten mische.“ So etwas sagt die Behörde, die wir „Regierung“ der Schweiz nennen. Beide Behauptungen sind eine ganz offenkundige krasse Unwahrheit. Die Männer der Wirtschaft wissen genau, daß die Schweiz aus einem normalen, vielleicht sogar ein wenig freundschaftlichen Verhältnis mit Rußland *ungeheuren* wirtschaftlichen Gewinn gezogen hätte — einen Gewinn, den Deutschland sich nicht hat entgehen lassen. „Freundschaftlich“ könnte das Verhältnis sein, ohne die geringste Konzession an den Bolschewismus, wie es das mit dem zaristischen Rußland war ohne die geringste Sympathie für den monarchistischen Despotismus. Es ist nur eine unbedeutende Illustration der ganzen Sachlage, wenn nun Hunderte von schweizerischen Uhrenarbeitern nach Deutschland gegangen sind, um dort die Lieferungen für Rußland zu ermöglichen, welche in der Schweiz, wo diese Industrie so fehr leidet, hätten betätigt werden können. Noch wichtiger ist das andere: Rußlands Einfügung in den Ring, der den Weltkrieg verhindern soll, ist lebenswichtig gerade auch für die Schweiz, wir aber helfen, jenen gegen „Moskau“ gerichteten Wahn erhalten, welcher Hitlers stärkster Verbündeter ist. Landesverteidigung! Und das alles, weil es Motta und seinen Leuten so paßt, zum Teil aus bürgerlichen, zum Teil aus geistlicher reaktionärer Verbissenheit. Der Privatpolitik dieser Leute muß die Schweiz dienen. Man nennt das sogar Neutralität, „umfassende Neutralität“! — Und *wer* mischt sich ein?

Welches die Gesinnung ist, aus der diese Politik fließt, bezeugen neben jenen Bekenntnissen Mottas, die wir bei früheren Anlässen zitiert haben, solche des jetzigen Bundespräsidenten, die neuerdings getan oder wieder ans Licht gestellt worden sind. Herr *Etter* hat in einer kürzlich vor dem waadtländischen Großen Rat, an dessen Jubiläumsitzung, gehaltenen Rede erklärt: „Die Form des Staates und seine Institutionen können sich im Laufe der Jahrhunderte verändern, Generationen können vergehen, das Land allein bleibt. Das Land ist wie ein Fluß, dessen Wasser ohne Aufhören wachsen und sich erneuern, doch ist es stets der gleiche Fluß.“ Also, die Schweiz kann auch *faschistisch* werden, es bleiben der Rigi, der Vierwaldstätter- und der Genfersee! Daß diese Auslegung nicht ungerecht ist, beweist folgender Satz aus der vor Jahren erschienenen Schrift: „Die schweizerische Demokratie“: „Immerhin betrachte ich es nicht als ausgeschlossen, daß der Faschismus, den ich vorläufig als ein Uebergangsstadium verstehe, durch seine gefunden Elemente, die Tendenz zur Autorität und Ordnung (!), zu einer besseren Gestaltung des Staates führen kann.“ Fügen wir noch hinzu, daß die „Front“ Herrn Etter dafür begeistert lobt und ihn als eine ihrer einstigen Hoffnungen bezeichnet, die wieder eine solche werde. Etter, erklärt sie, reimte sich für uns auf „Rettet“; er wäre der berufene „Erneuerer“.

Die Außen- wie die Innenpolitik der Schweiz gehorcht heute *dieser* Gesinnung.

Die weitverbreitete Mißstimmung, ja Empörung, besonders über die Politik Mottas, schien eine *Rettungs- und Reinwaschungsaktion* nötig zu machen. Eine solche hat Professor von *Salis* an der Technischen Hochschule in Zürich (Professoren eignen sich ja bekanntlich besonders gut für solche Aufgaben — das hat schon Friedrich der Große drastisch ausgesprochen!) in der „Neuen Schweizer Rundschau“, dem längst zum Organ einer gewissen Schicht von bürgerlich-reaktionären Intellektuellen gewordenen „Wissen und Leben“ von einst, vorgenommen. Motta habe das Verdienst, die Schweiz von dem „ideologischen Block“ freigehalten zu haben, auch von dem „demokratischen“, der eben auch nicht rein demokratisch sei. (Daran liegt ja Herrn Motta besonders! Daher seine Begeisterung.

für Mussolini!) Seine Neutralitätslösung sei die rechte. Namentlich auch seine Neutralitätspraxis — müßte man hinzufügen — sein Anschluß an den *faschistisch-nazistischen* Block. Salis hat keinen Blick dafür, daß es sich in dem großen Ringen der Gegenwart trotz allen Trübungen doch um zwei Grundprinzipien handelt, wovon das eine das Leben und das andere der Tod der Schweiz ist, und daß Neutralität ihnen gegenüber Selbstmord bedeutet. *Sein Herz* ist offenbar doch bei einer bürgerlich-reaktionären Schweiz. Alle die Verkündigungen der Mottaschen Außenpolitik gegen die Lebensgrundlagen der Schweiz scheinen für ihn nicht zu zählen. Alles in alem genommen könnte man trotzdem unter *einer* Voraussetzung Salis zustimmen: Wenn es nur darauf ankäme, unter immer neuer Verleugnung dessen, wovon allein die Schweiz wirklich leben kann, diese überhaupt *durchzubringen*, etwa so, daß uns doch der Rigi, der Vierwaldstätter- und der Genfersee blieben — wenn so etwas wirklich gelänge (was sehr fraglich ist), dann wäre Mottas Methode die rechte.¹⁾

Bevor wir die Außenpolitik verlassen, sei noch einer verhältnismäßig wichtigen Sache gedacht.

Es handelt sich um die „*Garantie*“ der Schweiz durch England und Frankreich. Diese ist, nachdem sie zweimal ausgesprochen worden war, scheinbar durch eine echt *Chamberlainsche Erklärung* abgeschwächt, ja beinahe aufgehoben worden. Auf eine Anfrage im Unterhaus antwortet Chamberlain, England habe „keine besonderen Verpflichtungen“ gegen die Schweiz übernommen, *interessiere* sich aber lebhaft für deren Los. Es stimmt natürlich, daß, vom Völkerbundspakt abgesehen, kein Pakt oder Bündnis vorliegt, die England zum Einstehen für die Schweiz verpflichtete, aber es ist sein stärkstes eigenes Interesse, dieses zu gewähren, und es ist die Bedingung für Frankreichs Einstehen für Holland, das zu schützen für England unmittelbar lebenswichtig ist.

Wenden wir uns nun der Innenpolitik zu, so stoßen wir auf einen Akt, der nicht unmittelbar vom Bundesrat ausgeht, aber von ihm gedeckt wird: die *Entlassung von Hans Bernulli*, Lehrer der Städtebaukunst und Autorität darin, als Professor der Technischen Hochschule in Zürich. Warum? Etwas, weil er ein schlechter Lehrer wäre? Oder weil er sein Amt vernachlässigte? Oder wegen anstößigem sittlichem Wandel? Nein, weil er Anhänger und Vorkämpfer der *Freigeldbewegung* ist. Und zwar, trotzdem er für sie nur außerhalb des Amtes eintritt, dieses aber davon ganz frei hält. Wir haben also eine Fortsetzung und Steigerung des Falles *Abegg* vor uns. Immer ungescheuter und selbstverständlicher tritt auch in der Innenpolitik die Tendenz hervor, den Staat als eine Privatsache der wiedergekehrten „gnädigen Herren“ zu betrachten, die bei ihren Untertanen keine Gedanken dulden, die ihnen nicht genehm sind. Wir sind schon mitten in jener von dem großen Mann von Menzingen erträumten „Ordnung und Autorität“. Er hat denn auch den Beschuß des Eidgenössischen Schulrates (besser: des Herrn Professor *Robn*, seines Beherrschers) gedeckt. Auch seinen kleinlichen und gehässigen Anhang, daß Bernulli nicht einmal den Professortitel (der zwar unter diesen Umständen zu einer bescheidenen Ehre wird) weiterführen dürfe. Und unsere Intellektuellen nehmen dergleichen nach einigem Achselzucken ruhig hin!

Im Angesicht dieser und ähnlicher Dinge blickt man nach Menschen und Bewegungen aus, von welchen eine *Besserung* kommen könnte.

Eine solche von dem *sozialdemokratischen Parteitag* zu erwarten, der soeben in *Lausanne* stattgefunden hat, wäre wohl utopisch gewesen. Er zeigte immerhin einige Zeichen der Ermahnung. Es wurde zugegeben, daß die „*bisherige Verfländigungspolitik*“ gescheitert sei. Aber man rühmte gleichwohl ihre „Erfolge“ und meinte, sie sei teilweise fortzusetzen. Zu einem klaren und energischen neuen Ansatz kam es nicht. Gegen die bundesrätliche Politik wurde einiges Tadelnde gesagt und Roosevelt zugesagt, aber zu der notwendigen Abrechnung reichte es auch nicht. Man wolle, wurde erklärt, sich auf die Innenpolitik konzentrieren

¹⁾ In der „*Entscheidung*“ hat Mayr von Baldegg der Salis'schen Motta-Rettung eine ausführliche und scharfe Widerlegung zuteil werden lassen.

— in einem Augenblick, wo alles von der Außenpolitik abhängt und wo man selber ja von „Wehrwillen“ überfließt.

Noch weniger zeigte der 1. Mai mit seinem demonstrativen Schweizerfahne-Patriotismus einen neuen Elan.

Die Leitung der *Richtlinienbewegung* hat ein „Aktionsprogramm für die Unabhängigkeit der Schweiz“ aufgestellt, dem man meistens mit Freude zustimmen kann, aber wo sind die Kräfte, die es durchführen? Ist nicht die Richtlinienbewegung als solche zerfallen?

Noch weniger wird man am Parteitag der *Freisinnigen* Zukunftswege suchen. Auch nicht bei den *Jungliberalen*, die in Neuchâtel tagen. Wohl kommt es bei diesen letzteren zu einigen energischen Worten gegen den herrschenden Kurs, aber zuletzt langt man doch wieder bei der „totalen Neutralität“, d. h. beim Nichts und beim Tode, an.

Anders ist es mit der Oster-Versammlung der drei Gruppen „Entscheidung“, „Escherbund“ und „Esprit“ auf dem Herzberg. Hier ist der Wille und der Geist für einen „Neuen Bund“.¹⁾ Was diesen vereinigten Gruppen Not tut, ist wohl ein einfaches, freies, aber umfassendes gemeinsames Programm und eine ebenfalls einfache und freie, aber aktionskräftige Organisation.

Wie sehr eine *Regeneration* der Schweiz nötig ist (sie ist sehr viel wichtiger als die bloße Verteidigung, die ja auch wesentlich von ihr abhängt), zeigt auch die Tatsache des katastrophalen *Geburtenrückgangs*. Von 1900 bis 1936 hat die Zahl der Neugeborenen um 50 % abgenommen, und wenn es so weiter ginge, würde von 1945 an die Schweiz ein „sterbendes Volk“ sein. Welches sind die *Ursachen* dieses Sterbens?

Aber das alles deckt ja nun unsere *Landesausstellung* zu. Sie wird unsere Regeneration sein, nicht wahr?

Ich kann über den *Gehalt* der Landesausstellung nichts sagen, da ich diese noch nicht besucht habe, zweifle jedoch keinen Augenblick daran, daß er einen Grund zu schweizerischem *Stolze* bildet. Aber sehr viel Aufmachung ist dabei, die den *Ernst*, den diese Sache noch vor einigen Jahrzehnten hatte, stark umnebelt. Der Verdacht ist auch nicht abzuweisen, daß es sich stark um eine Unternehmung für internen und externen Fremdenverkehr und reichlichen Geldgewinn handle. Die Eröffnung war wenig begeisternd: pompöse Offizialität, viel militärisches Drum und Dran, Korpskommandanten, Flugzeugdemonstrationen über Zürich zum Glockengeläute, Fahnenweihe, in Aussicht gestellte „Wehrtage“, eine Festrede des Bundespräsidenten, die nicht nur nichts von Zwingli wußte (was zu begreifen wäre), sondern auch nichts von Pestalozzi und Gottfried Keller, und dann noch eine Rede des Nuntius — im Zürich Zwinglis. Dazu etwas zweifelhafte Festdichtungen. Von einer berichtet freilich eine Korrespondenz tadelnd, was heute doch ein sehr großes *Lob* sein müßte: „Ein Uebermaß von *Bekenntnissen zur Güte* muß die prägnantere Fassung... noch ausmerzen.“ Wahrscheinlich sollen etwas mehr Hellebarden hinein! Wenn es vollends stimmen sollte, daß ein künstlerisch wertvolleres Stück abgelehnt worden sei, weil es Angriffe — auf die Juden? — nein: auf den Antisemitismus enthalte, dann würde das ein merkwürdiges Licht auf den so sehr betonten Zusammenhang von Landesausstellung und Landesverteidigung.

All dies unerbauliche Zeug drum und dran vermag gewiß den Wert des eigentlichen Inhaltes der Ausstellung nicht zu beeinträchtigen. Aber es bleibt doch noch ein Bedenken: Ist diese Veranstaltung gerade in diesem Augenblick nicht eine *Ablenkung* von dem furchtbaren *Ernst* der Lage? Oder soll sie vielleicht unser *Selbstvertrauen* heben, unseren *Stolz* wecken? Gewiß, wir haben eine bestimmte Art von *Selbstvertrauen*, ja sogar von *Stolz*, nötig. Gerade jetzt! Aber fließen sie aus *dieser* Quelle? Könnte aus ihr nicht auch *Selbstbetrug* fließen? Es ist auf alle Fälle gut, wenn wir in diesen Zeiten noch an anderes denken als an die *Landes-Ausstellung* — wenn wir auch an die *Landes-Einstellung* denken!

¹⁾ So heißt die vortreffliche Zeitschrift des „Escherbundes“, die von unserem Freund *Rudolf Schümperli* in Romanshorn und seiner Gattin redigiert wird.